

DEUTSCHER BUNDESTAG

16. Wahlperiode
Enquete-Kommission
„Kultur in Deutschland“

Protokoll Nr. 16/8
Bearbeiter: Hilmar Sack

Wortprotokoll

der 8. Sitzung
(öffentlich)
der Enquete-Kommission
"Kultur in Deutschland"

am Montag, dem 29.05.2006, 15 Uhr,
Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E 300

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema „Laienkultur und Brauchtumpflege

Vorsitz: Abgeordnete Gitta Connemann

Beginn: 15:15 Uhr

Die **Vorsitzende**: Ich begrüße Sie hiermit herzlich zur öffentlichen Anhörung „Laien- kultur und Brauchtumpflege“. Wir freuen uns außerordentlich, dieses sehr wichtige Thema zum Gegenstand einer Anhörung des Deutschen Bundestages zu machen, denn wir wissen aus unserer Tätigkeit in den Wahlkreisen, dass sich in tausenden Orchestern, in Chören, in Laienspielgruppen und in Kulturvereinen mehrere Millionen Menschen ehrenamtlich Tag für Tag für das kulturelle Leben vor Ort, insbesondere für die kulturelle und musikalische Betätigung junger Menschen, engagieren. Sie bilden einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil unserer Kulturlandschaft und sorgen damit nicht nur für ein vielfältiges kulturelles Angebot sondern auch für die Möglichkeit der Teilhabe von jedermann. Nach wie vor gibt es aber die Notwendigkeit zu Verbesserungen, wie wir aus vielen Gesprächen mit den Aktiven vor Ort wissen. Daher wird die Arbeit unserer Kommission mit Aufmerksamkeit und auch mit Erwartungen begleitet. Diese Anhörung soll dazu dienen, die Antworten der Bundesregierung auf die große Anfrage zur Situation der Breitenkultur in der letzten Legislaturperiode zu vertiefen. Daher freue ich mich außerordentlich, dass wir für diese Anhörung kompetente Ansprechpartner gewinnen konnten. Ich begrüße als einzige, aber kulturpolitisch gewichtige Sachverständige, die neue Kulturbeauftragte der evangelischen Kirchen Deutschlands, Frau Dr. Petra Bahr. Neben ihr sitzt Herr Dr. Reinhard Goltz, Sprecher des Bundesrates für Niederdeutsch und Geschäftsführer des Instituts für niederdeutsche Sprache, neben ihm als Vertreter des unverzichtbaren kulturellen Engagements für unsere Geschichts- und Traditionspflege der Bundesgeschäftsführer vom Bund Heimat und Umwelt in Deutschland, Herr Dieter Hornung. Dann begrüße ich den Vorsitzenden des Deutschen Bundesverbandes Tanz e.V., Prof. Dr. Klaus Kramer, für den Bereich nicht nur der Instrumentalverbände sondern für alle Orchester Deutschlands Herrn Stefan Liebing, Generalsekretär der Bundesvereinigung Deutscher Musikverbände, der auch den Bundesverband Deutscher Orchesterverbände vertritt. Ich weise gleich daraufhin, dass Herr Liebing infolge seines starken beruflichen Engagements die Anhörung etwas früher verlassen muss. Fragen, die an ihn gerichtet sind, sollten deswegen am Anfang gestellt werden. Daneben sitzt stellvertretend für 2200 Amateurtheater in ganz Deutschland der Präsident des Bundes Deutscher Amateurtheater, Herr Norbert Radermacher. Und als letzter der Präsident des Deutschen Chorverbandes, Herr Dr. Henning Scherf.

Wir freuen uns sehr, dass Sie eine so wichtige Aufgabe übernommen haben und damit zum Ausdruck bringen, dass die Politik ehrenamtlich getragenes kulturelles Engagement unterstützt. Herr Erik Hörenberg von der Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände ist aus persönlichen Gründen leider verhindert und wird, wie eben gesagt, durch Herrn Liebing vertreten. Die schriftlichen Stellungnahmen liegen Ihnen vor, die Stellungnahme des Deutschen Chorverbandes wird nachgereicht. Wir verzichten wegen der Zeitknappheit auf Eingangsstatements. Ihnen liegt eine Kurzauswertung der schriftlichen Stellungnahmen durch das Sekretariat vor. Herr Prof. Schneider, bitte.

Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV): Drei kurze Nachfragen an Herrn Liebing und Herrn Scherf. Herr Liebing, Sie schreiben zur Rolle von Ganztagsschulangeboten für die Laienkultur und Brauchtumsarbeit, dass die Risiken die Chancen bei weitem überwiegen. Da würde uns natürlich interessieren, welche Maßnahmen Sie sich vorstellen können, um Ganztagschulen und außerschulische Angebote stärker zu integrieren. Die zweite Frage geht an Frau Dr. Bahr, die sich über das Ehrenamt sehr intensiv ausgelassen hat. Da ist die Frage, wie zukünftig das Ehrenamt aussieht, wenn es tatsächlich so ist, wie Sie schreiben, dass sich nicht jeder über einen längeren Zeitraum ehrenamtlich engagieren wird. Wie bekommen Sie in der Arbeit der Kirche Kontinuität in die projektbezogene Arbeit? Die dritte und vorläufig letzte Frage geht an Norbert Radermacher. Wie lässt sich Amateurtheater und professionelles Theater stärker verbinden, wie die Amateurtheater in professionelle Theaterinstitutionen einbinden? Neuerdings sieht man ja Jugend- und Schülerclubs an Schauspielhäusern bis ins Repertoire und Abonnement vorstoßen.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Börnsen, bitte.

Abg. Wolfgang Börnsen (CDU/ CSU): Eine Frage an Herrn Reinhard Goltz, den Geschäftsführer für niederdeutsche Sprache. Herr Goltz, Sie haben in Ihrem Vorwort mitgeteilt, dass einige unserer Fragen die Kulturarbeit vor Ort kaum oder nur knapp berühren. Nach welchen Themen hätten wir denn fragen sollen, um bei Ihnen den Nerv zu treffen?

Die **Vorsitzende**: Gibt es weitere Fragen? Das ist zunächst nicht der Fall. Dann bitte ich zunächst Herrn Liebing um Antwort.

Stefan Liebing (BDMV): Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Frage zur Ganztagesesschule. Ich denke, dass wir tatsächlich zwei Risiken haben, bei denen wir noch eruieren, wie wir sie positiv wenden können. Wir haben zum einen viele Jugendgruppen in unserem Verband, die am Nachmittag aktiv sind und proben. Das sind Angebote, die unter Umständen wegfallen oder massiv reduziert werden würden. Zum anderen ist es so, dass wir auch in den eher professionellen Orchestern einen unglaublich hohen jugendlichen Anteil haben; sie haben über 60 Prozent Jugendliche in ihren Reihen. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass junge Menschen, die den ganzen Tag über mit schulischen Angeboten beschäftigt sind, abends weder die Energie noch die Motivation verspüren, regelmäßig etwas im kulturellen Bereich ehrenamtlich zu tun. Ehren- und nebenamtliche Musiklehrer haben außerdem nicht ohne weiteres die Gelegenheit, tagsüber Angebote in den Schulen zu machen. Wir werden also dort sehr stark auf die professionellen Musikschulen und damit auf die Hauptamtlichen in den Musikschulen zurückgreifen müssen. Das bedeutet, dass die ehrenamtlich geführte Musikstruktur unter Umständen dem Risiko eines Absterbens oder Aussterbens ausgesetzt ist. Wir versuchen momentan, eine Reihe von Kooperationen einzugehen, um sicher zu stellen, dass wir den Anschluss an das, was Professionelle tun, nicht verlieren. Musiklehrer und Musikschullehrer, die in die Schulen gehen, eröffnen ein gewisses Potential für junge Menschen, die wir auch in unsere Orchester ziehen oder bekommen können. Aber wir brauchen eine sehr enge Kooperation zwischen diesen unterschiedlichen professionellen und nicht professionellen Institutionen, die vor Ort Kulturmusik betreiben. Wir versuchen das als Bundesverband über überregionale Kooperationsvereinbarungen abzudecken und sind mit Musikhochschulen darüber im Gespräch, wie wir Qualifizierungen anbieten können, so dass Ehrenamtliche auch entsprechende Ausbildungen haben, um an den Schulen selbst Angebote machen zu können. Wir werden aber sehen, dass das nur sehr eingeschränkt funktioniert, weil das Ehrenamtliche sind, die tagsüber ihrem Beruf nachgehen. Daher glauben wir, dass die Risiken momentan überwiegen. Ein letzter Satz: Wir versuchen auch mit der Kultusministerkonferenz darüber zu sprechen, ob nicht bundesweit Modelle entwickelt werden könnten, die dann in die Länder transferiert

würden. Dort haben wir aber sehr zurückhaltende Reaktionen bekommen, da sich keiner so richtig zuständig fühlt.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Liebing. Herr Dr. Scherf, bitte.

Dr. Henning Scherf (DCV): Das ist bei uns ganz anders. Wir sehen die Ganztagschule als eine riesige Herausforderung an, die wir annehmen wollen – und mit unseren 2,1 Millionen Chormitgliedern auch schon annehmen. Die KMK verhält sich uns ganz anders als Ihnen gegenüber, denn sie hat eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir haben ein ausformuliertes Angebot durch all unsere Gremien gebracht, über das jetzt verhandelt wird, um eine Art Rahmen zu bekommen, der Schutz bietet für die, die in der Schule verantwortlich sind, und die, die über die örtlichen Chöre an dieser Zusammenarbeit interessiert sind. Wir sind inzwischen fest in den Kindergärten präsent. Wir haben das Projekt Felix erfunden, das inzwischen wie ein Lauffeuer durch das Land gegangen ist. Man muss die Kinder in ihrer schwierigen Situation, in der sie vom Fernsehen verblödet werden und in eine Kulturwüste hineingezogen werden, abholen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir da eine riesige Aufgabe haben, die nicht ungenutzt bleiben darf.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Dr. Scherf. Frau Dr. Bahr, bitte.

Dr. Petra Bahr (EKD): Ich meine nicht, dass das klassische Ehrenamt, das über 30 oder 40 Jahre währt, abgestorben ist, sondern dass es mittlerweile zwei Typen von Ehrenamt gibt. Es gibt in der Tat den episodisch Engagierten und nach wie vor parallel den, der sich für die Hälfte seines Lebens an einen Verein bindet. Uns ging es darum, diese neue Gruppe in den Blick zu nehmen, die vor allem in der Alterssparte zwischen 20 und 50 zu suchen ist. Denken Sie an den Deutschen Evangelischen Kirchentag, wo sich alle zwei Jahre 40.000 Menschen engagieren, das aber nicht über das ganze Jahr, Woche für Woche, sondern einmal alle zwei Jahre. An solchen Modellen, für die es häufig keine Rahmenbedingungen gibt, muss man weiterarbeiten. Der Verein ist häufig noch relativ klassisch auf diejenigen fixiert, die wöchentlich engagiert sind. Uns ging es nur darum, darauf hinzuweisen, dass dieser andere Typ des Ehrenamtes die gleiche Beachtung verdient, und dass man diesem Engagierten nicht vorwerfen kann, dass er nur alle vier Wochen Spaß hat, sich zu engagieren.

Man muss das umgekehrt als Chance bezeichnen, um gerade auch diejenigen, die wegen Studium, Berufsfindung, Berufstätigkeit und Familiengründung häufiger den Wohnort wechseln, die Möglichkeiten der Partizipation im Bereich des Ehrenamtes zu geben, ohne dass sie sich unter Druck sehen, sich ein Leben lang gebunden zu fühlen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Dr. Bahr. Herr Radermacher, bitte.

Norbert Radermacher (BdAT): Ich komme gerade vom 10. Weltkindertheaterfestival in Moskau. Mit der größten Selbstverständlichkeit wurde ich dort von den Intendanten aller großen Theater empfangen, die mit einer eben so großen Selbstverständlichkeit gesagt haben, es ist uns eine große Freude, die Kinder auf unseren Bühnen zu sehen. Da sind wir in Deutschland ein ganzes Stück weit weg. Die deutschen Theater würden die Türen derzeit für ein solches Projekt noch ganz schnell verschließen. Es gibt einzelne gute Beispiele, das Theater Rudolstadt arbeitet z.B. im Rahmen eines Deutschen Kindertheaterfestes mit uns zusammen. Da erobern die Kinder die Bühnen des professionellen Theaters. Wir haben dort europäische Amateurtheatertage, wo sich Ensembles aus ganz Europa treffen. Insgesamt ist hier noch eine große Schere im Kopf, was diese Fragestellung angeht, und daran muss man arbeiten. Es gibt darüber hinaus weitere Ansätze der Zusammenarbeit. Wir haben aus dem professionellen Theater mittlerweile viele Regisseure und Schauspieler, die in den vielen tausend Amateur Bühnen arbeiten, die sich dort auch aus dem Bedürfnis heraus engagieren, sich finanzieren zu müssen, weil es am Theater nicht ausreichend Arbeitsplätze gibt. Aber das tut dem Amateurtheater natürlich gut. Ich denke, dass wir einen Theaterbegriff benötigen, der nicht auf bestimmte Häuser bezogen ist, sondern ein durchlässiges Theater meint.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Radermacher. Herr Goltz, bitte.

Dr. Reinhard Goltz (INS): Herr Börnsen, Sie hatten gefragt, welche Fragen hätten gestellt werden sollen. Meine Anmerkung zielt auf eine kleine Umfrage, die ich auf der unteren Ebene der kleinen Vereine gemacht habe. Ich hatte bei den Rückmeldungen den Eindruck, dass die meisten dieser sehr kleinen Vereine, die im kulturellen Bereich des Niederdeutschen aktiv sind, sehr Staatsfern arbeiten, dass sie bisher

keine Förderung bekommen. Ob sie bewusst auf Förderung verzichten, konnte ich nicht ermitteln. Hier gibt es ein hohes ehrenamtliches Engagement von Praktikern. Was den Leuten fehlt, das ist Anerkennung. Was ihnen auch fehlt, ist zumindest für den Bereich der niederdeutschen Sprache der Nachwuchs; das sieht etwas anders aus bei den Trachtenvereinen, die auch auf die Umfrage geantwortet haben. Es fehlt an einem offenen Klima für das Lernen einer weiteren Sprache, die in Norddeutschland kulturell verankert ist. Es fehlt an Möglichkeiten, mit modernen Formen und Mitteln auch an Jugendliche heranzukommen. Das ist der Bereich, der diese Leute in erster Linie interessiert, nicht so sehr die Frage, ob es Handlungsbedarf im Steuerrecht gibt. Das ist z.B. der Punkt, bei dem die meisten gesagt haben, ich investiere jedes Jahr ein, zwei, drei tausend Euro, ob ich nun noch vom Staat 20 Euro mehr zurückbekomme ist mir völlig egal. Macht lieber generell etwas für ein besseres Klima, das ist die entscheidende Antwort hier gewesen. Ansonsten schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Scherf sehr deutlich an. Auch die Plattdeutschen sind längst schon in den Schulen angekommen, sind sehr aktiv und warten auch auf Möglichkeiten, in der Ganztagschule aktiv zu werden.

Die **Vorsitzende**: Ich eröffne hiermit die nächste Fragerunde. Herr Zimmermann, bitte.

Olaf Zimmermann (SV): Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, den Bundesgesetzgeber zu beraten, das heißt: je genauer wir in unserem Abschlussbericht Vorschläge entwickeln, die unmittelbar auch in Gesetzgebung des Bundes Eingang finden können, umso besser wird unsere Arbeit sein. Deswegen möchte ich auch in diesem Sinne Fragen stellen. Es gibt im Moment die Debatte zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes. Die wird sicherlich in dieser Legislaturperiode auch nicht gänzlich abgeschlossen werden. Von Ihnen wurde das besondere Problem der Freizeitbeschäftigung benannt, das heißt: Wie geht man mit Laienvereinen um, die nicht als ersten Punkt eine kulturelle Tätigkeit haben, sondern eher der Freizeitbeschäftigung dienen. Mich würde von Ihnen interessieren, welche Bedeutung das für Sie hätte. Ist das wirklich ein zentraler Punkt, den man regeln müsste, oder ist das ein Punkt, der nicht diese Bedeutung hat. Der zweite Punkt, der mich interessieren würde und von Ihnen angesprochen wurde, ist ein Thema im Bereich Urheberrecht. Herr Liebing, der immer eine sehr deutliche Sprache pflegt – das liebe ich, Herr Liebing –,

hat geschrieben, dass er eigentlich die Monopolstellung der GEMA knacken möchte. Mich würde interessieren, warum Sie das möchten und welche Alternativen Sie denn sehen, und ob die anderen Vertreter auch Probleme mit der GEMA haben und sich einen solchen Vorschlag, den Herr Liebing gemacht hat, anschließen können. Meine dritte und letzte Frage ist das Thema Entbürokratisierung. Das ist ein Schlagwort, das bei fast jeder Anhörung, die wir durchgeführt haben, benutzt wurde. Mich würde interessieren, wo konkret entbürokratisiert werden soll, und zwar dort, wo der Bundesgesetzgeber zuständig ist, im Bereich des Steuer- und Zuwendungsrechtes, also der Bundeshaushaltsordnung.

Die **Vorsitzende**: Herr Zimmermann, an wen richtete sich die Frage?

Olaf Zimmermann (SV): Ich war so frech und habe sie an alle gestellt.

Die **Vorsitzende**: Herr Waitz, bitte.

Abg. Christoph Waitz (FDP): Vielen Dank Frau Vorsitzende. In Frage 13 haben wir relativ abstrakt nach der Rolle gefragt, die Laienkultur und Brauchtumsarbeit für die Integration von Migranten spielen kann. Es ist zum Teil sehr abstrakt geantwortet worden. Deswegen meine Frage an die Runde, welche Rolle spielt konkret die Integration in Ihren Organisationen? Wissen Sie konkret, wie viele ausländische Mitbürger sich in Ihren Organisationen betätigen? Gibt es ganz bestimmte Projekte, mit denen Sie diese Integrationen „fördern“?

Die **Vorsitzende**: Herr Prof. Sternberg, bitte.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (SV): Eine schlichte Frage im Zusammenhang mit Frage eins, besonders an die Herren Kramer und Goltz. Herr Kramer, Sie haben sehr scharf auf die Frage geantwortet, ob die Begriffe Laienkultur, Breitenkultur oder Brauchtumpflege ihrem Selbstverständnis entsprechen. Ich habe den Eindruck, niemand von Ihnen kann eigentlich gut mit diesen Begriffen leben. Meine Frage daher: Könnten Sie sich vorstellen, dass man den Begriff der Soziokultur stärker auf Ihren Bereich anwendet? Ich habe den Eindruck, dass es da zumindest inhaltlich erhebliche Übereinstimmung gibt.

Die **Vorsitzende**: Herr Prof. Keskin.

Abg. Prof. Dr. Hakki Keskin (DIE LINKE): Um nicht missverstanden zu werden: Ich habe großen Respekt für die freiwillige ehrenamtliche Arbeit. Aber ich habe manchmal die Befürchtung, dass es ganz leicht zu einer Verwechslung der bezahlten professionellen Arbeit kommen könnte, dass dies also auch dazu führen kann, dass die öffentlichen Haushalte sich entlasten wollen. Welche Erfahrungen haben Sie? Ist meine Befürchtung völlig unbegründet? Ich richte meine Frage an alle.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Prof. Keskin. Ich schließe hiermit diese Frageunde. Es haben sich für die nächste schon gemeldet: Herr Börnsen und Herr Dr. Zehetmair.

Stefan Liebing (BDMV): Ich bitte um Verständnis, Frau Connemann hat darauf hingewiesen, ich muss leider etwas früher weg. Die Lufthansa hat sich geweigert, ihren Flugplan nach dem Terminkalender hier im Bundestag zu richten. Ich mache das auch ehrenamtlich. Deshalb möchte ich nur ganz kurz – die Kollegen werden sicherlich kompetenter auf viele andere Bereiche antworten – zwei Dinge anreißen. Das eine war die Frage nach dem Gemeinnützigkeitsrecht: Ich denke, wir müssen dort zwei Dinge unterscheiden. Das eine ist grundsätzlich die Frage, wie komplex es für gemeinnützige Vereine aus unserem Bereich momentan ist, die Gemeinnützigkeit zu erhalten, zu erlangen und auch fortzuführen. Das hat ganz hohe Priorität: Vereine sollen die Gemeinnützigkeit unkompliziert erlangen und auch ohne großen bürokratischen Aufwand erhalten können. Der zweite Punkt, der damit zu tun hat, ist die Frage der Abzugsfähigkeit von Beiträgen. Das hat aus meiner Sicht und nach meiner Rechtseinschätzung zunächst einmal nicht mit der Gemeinnützigkeit an sich zu tun, denn selbst heute ist es so, dass gemeinnützige Orchester in unserem Verband zwar Spendenbescheinigungen ausstellen können, die dann selbstverständlich steuerabzugsfähig sind, dass Mitgliedsbeiträge an diese Vereine jedoch, weil sie als so genannte B-Vereine kategorisiert sind, nicht steuerabzugsfähig sind. Das heißt: unsere Mitglieder müssen empfehlen, nicht Fördermitglied zu werden, sondern eine Spende zu machen. Ich behaupte, wenn Sie einem ehrenamtlichen Vereinsvorsitzenden erklären müssen, dass es da ein Rundschreiben der Oberfinanzdirektion gibt, die in A-

und B-Vereinszwecke kategorisiert, bewegen wir uns wieder in einem Bereich, der mit unnötiger Bürokratie zu tun hat. Bei der Gemeinnützigkeitsfrage müssen sie idealer Weise argumentieren, dass der Verein Konzerte aufführt und deshalb der ideelle und nicht der Hobbyzweck im Vordergrund steht. Wenn sie aber auf diese Art und Weise gegenüber der Künstlersozialkasse argumentieren, sind sie ganz schnell in der Abgabepflicht. Hier argumentieren die Vereine also genau umgekehrt: Wir sind kein ideeller Verein sondern haben wichtige gesellschaftliche Nebenzwecke. Wir sind ein Unternehmen, das Konzerte durchführt, nicht vergleichbar. Wenn Sie diese feinen Unterschiede einem Nicht-Juristen, der ehrenamtlich einen Verein führt, erklären wollen, dann verzweifeln Sie, selbst wenn Sie das als durch Mitgliedsbeiträge bezahlter Hauptamtlicher eines Verbandes machen. Also brauchen wir hier eine Klarstellung, eine Vereinfachung, die ich als Nicht-Jurist einem Vereinsvorsitzenden, der auch nicht Jurist ist, erklären kann. Der zweite Punkt ist das Thema GEMA: Unsere Vereine haben zwei Möglichkeiten, entweder sie gehen vor einem Konzert zur GEMA und bezahlen den dort festgesetzten Tarif. Dieser Tarif, das wissen Sie, entsteht aus Verhandlungsrunden zwischen der GEMA und den großen kommerziellen Konzertveranstaltern und ihren Verbänden, ehrenamtliche Organisationen haben da überhaupt nicht mitzureden. Im Prinzip ist es so, dass der kleine Verein vor Ort, der ein Jahreskonzert macht, um zu zeigen, was die jugendlichen Mitglieder gelernt haben, einen kommerziell verhandelten Tarif anwenden muss, der für professionelle Konzertveranstalter gilt. Die einzige Option, die ich habe, ist, dass ich als Verband einen Pauschalvertrag abschliesse. Auch da ist es so – ich führe diese Verhandlungen jedes Jahr – , dass ich der GEMA als einziger möglicher Ansprechpartner gegenüber sitze, und die GEMA im Prinzip jedes Jahr sagen kann: „Take it, or leave it, das ist die Formel mit der wir die Preissteigerung berechnen.“ Wir haben über Ihren Abgeordnetenkollegen Wuchtel vor einigen Jahren eine Umfrage gestartet, die in der schriftlichen Stellungnahme zitiert ist. Wenn man in zehn Jahren dreißig Prozent Mehreinnahmen bei den Ehrenamtlichen erzielt, dann stellt sich die Frage, welche Mechanismen wir etablieren können, damit es sich die GEMA nicht gerade bei den Schwächsten holt. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Liebing. Ich beginne jetzt von ganz außen, weil die Runde in allen Fragen angesprochen war. Herr Dr. Scherf, bitte .

Dr. Henning Scherf (DCV): Zum Gemeinnützigkeitsrecht hat die Umfrage, die wir unter unseren Landesverbänden veranstaltet haben, durchgängig positive Rückmeldungen gegeben. Wir sehen da keinen Regelungsbedarf. Am Steuerrecht gibt es jede Menge Änderungen, die liefere ich noch alle schriftlich nach. Unser Justitiar hat sich bis ins Detail mit § 3 Nr. 6 Einkommenssteuergesetz auseinandergesetzt und macht sehr gute Vorschläge, genauso zum § 48 Einkommenssteuergesetz und zu Zuwendungen an Mitglieder aus besonderen Anlässen. Zur GEMA: Wir verhandeln im Augenblick sehr einvernehmlich mit der GEMA einen neuen Vertrag, und siehe da: die gehen auf uns zu. Es zieht sich alles hin, ist mühselig, inzwischen haben auch die Verhandlungspartner gewechselt. Wir erleben bei der GEMA neue Leute, die an guten oder friedlichen Ergebnissen interessiert sind. Wir glauben, da kommt etwas raus, was keine Kostenerhöhung und eine erhebliche Vereinfachung im Umgang miteinander bedeutet, weil pauschaliert wird, und man nicht jedes Mal anmelden und genau die Teilnehmer melden muss. Wir glauben mit der GEMA auf einem guten Verhandlungslevel zu sein, und ich finde es wäre unfair, wenn ich jetzt bei Ihnen auf sie einhauen würde. Ich hoffe immer noch, dass wir ein gutes Ergebnis haben werden.

Zur Integration: Ich habe durchgängig positive Rückmeldungen bekommen. Die Landesverbände schreiben, dass es gelungen ist, Chöre, die Migranten unter sich gebildet haben, in den Verband zu integrieren. Damit werden Brücken gebaut, um voneinander zu lernen. Im Berliner Chorverband kann man dazu eine ganze Reihe sehr schöner Beispiele nennen. Meine Einschätzung ist, dass wir da umso größere Möglichkeiten haben je früher wir anfangen und die Eltern mitintegrieren können. Es würde sich lohnen, wenn der Bund für solche Projekte Geld ausgeben würde. Bei der Frage der Begriffe ist wahre Begeisterung unter den Befragten nicht ausgebrochen. Einige sagen Amateurlkultur oder Amateurlkunst, andere Breitenkunst und Breitenkultur. Von Soziokultur habe ich niemanden bei uns reden hören, weil Soziokultur ein ganz spezielles Feld ist. Die Chöre sind viel breiter angelegt. Unter dem Strich habe ich den Eindruck bei meiner Umfrage, dass die Begriffsfrage nicht das wichtigste ist. Das wichtigste ist, wie wir Menschen, die sich engagieren, fördern, wie wir ihnen eine größere Öffentlichkeit und eine größere Anerkennung verschaffen können. Das ist wichtiger, als ihnen ein neues Plakat um die Nase zu hängen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Scherf. Herr Radermacher, bitte.

Norbert Radermacher (BdAT): Zum Thema GEMA und Gemeinnützigkeitsrecht werde ich mich nicht ausführlich äußern, weil ich das, was dazu schon gesagt wurde, nur bestätigen kann. Wir haben als Verband eigentlich keine Probleme mit der GEMA. Wir haben immer wieder neu ausgehandelte Vertragsnachlässe, die wir direkt an die Bühnen weitergeben. Das funktioniert ganz hervorragend. Zum Gemeinnützigkeitsrecht: Die Frage der Vereinfachung ist für unsere vielen Bühnen sicherlich von absoluter Notwendigkeit, auch die Frage der Kann-Vorschriften. Ich möchte mich zu einer Frage äußern, die von Herr Keskin gestellt worden ist. Die Debatte über Kunst und Kultur ist nach meiner Einschätzung in Deutschland oft eine Debatte über die Kunst und Kultur in den Städten und wir vergessen, was sich in ländlichen Räumen abspielt. Ich lebe im Emsland. Das nächste Stadttheater ist 70 bis 100 km weit weg, das gilt für Bibliotheken, Archive und für andere Kultureinrichtungen ebenso. Dort ist die Breitenkultur ein Stückweit der Fürsorge, die die Bundesrepublik Deutschland als Verpflichtung hat: Kunst und Kultur ist nicht eine Sache, die nur den Städtern zusteht sondern allen Menschen in Deutschland. Was die Frage der Migration und ähnliche Themen angeht, da möchte ich nicht als Präsident des Bundes der deutschen Amateurtheater, sondern als Direktor einer kulturellen Einrichtung antworten: Bei uns beträgt in den Theater- und Tanzkursen der Anteil der Migranten zwischen 20 bis 30 Prozent pro Kurs. Das zeigt doch, dass Kunst und Kultur ein ideales Mittel ist, um die Menschen einzubinden und aufzunehmen. Auch kulturelle Bildungssprachförderung kommt hier mit ins Spiel. Ich glaube, dass Kunst und Kultur ein geeignetes Medium ist, wir müssen aber das Handwerkzeug und die Mittel haben, um das voranzutreiben. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Radermacher. Das sage ich auch als Bewohnerin einer ländlichen Region. Herr Prof. Kramer, bitte.

Prof. Dr. Klaus Kramer (DBT): Zu GEMA und Gemeinnützigkeit ist schon hinreichend etwas gesagt worden. Herr Zimmermanns Frage enthielt aber auch den Aspekt Entbürokratisierung. Auf diesem Sektor haben wir relativ große Schwierigkeiten. Manchmal wird es geradezu skurril, wenn man sich ansieht was unsere Verbände leisten, und was sie vorlegen müssen, um überhaupt tätig werden zu können. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen: Es geht hier um den Einsatz von ausgebilde-

ten Tanzübungsleitern, Tanzpädagogen im Schulzusammenhang. Die rheinische Arbeitsgemeinschaft Tanz hat sich da sehr stark gemacht und wollte im Zusammenhang eines Schulprojekts in Nordrhein Westfalen, Tanzangebote mit 6jährigen Kindern in der offenen Ganztagsgrundschule anbieten. Dabei ging es um ehrenamtlich Tätige. Dazu müssen sie ein Gespräch mit Schule, Eltern und Lehrern führen. Sie müssen dann einen Referenten suchen, die Bestätigung des Referenten einholen, dass er die Absicht hat, Unterricht in der Schule innerhalb dieser betreuten Zeit durchzuführen, dann in zweifacher Ausfertigung einen Werkvertrag abschließen. Dann müssen Teilnehmerlisten ausgefüllt werden mit Originalunterschriften der Kinder – wohlgermerkt 6 Jahre alt – oder aber der Eltern. Wenn der Unterricht stattfindet, kommen die Kontrollbesuche. Die rheinische Arbeitsgemeinschaft Tanz muss den Referenten kontrollieren, um zu sagen, ob das denn auch akzeptabel ist, was der da macht. Dann gibt es den Wirksamkeitsdialog mit den entsprechenden Ministerien und schulverwaltungsrechtlichen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Die Teilnehmer müssen nach jedem Veranstaltungstag einen Fragebogen ausfüllen. Die 6-jährigen Kinder haben dann acht Fragen zu beantworten, wenn Erwachsene oder Halbwüchsige in solch einen Prozess eingreifen, dann haben sie elf Fragen zu beantworten. Dann hat die Kostenabrechnung nach jeder Veranstaltung mit detaillierter Auflistung zu erfolgen. Darüber hinaus muss nach jeder Veranstaltung von den jeweiligen Referenten eine Einverständniserklärung zur Abrechnung durch die rheinische Arbeitsgemeinschaft eingeholt werden und schließlich und endlich muss dann noch eine Reisekostenabrechnung ausgefüllt werden – über die Rheinische Arbeitsgemeinschaft, denn das kann der Referent nicht selber machen. Die Richtlinien für die Mittelvergabe sind darüber hinaus so unklar, dass sie immer wieder rückwirkend korrigiert werden müssen oder in Teilbereichen aufgehoben werden. So viel zur Bürokratie. Es wird wohl jeder einsehen, dass die Leute aus der rheinischen Arbeitsgemeinschaft Tanz keine Lust haben, das weiter mit zu machen. Das ist nur ein Beispiel, in Bayern sieht es ähnlich aus. Die Frage zur Integration ist für den Tanzbereich sehr positiv zu beantworten. Der Bundesverband Tanz hat sich aus einem Interessenverband von im Wesentlichen dem deutschen Volkstanz verpflichteten Tänzern entwickelt. Dann kam allmählich das Interesse an europäischen bis hin zu weltweiten Tänzen auf. Die Amerikaner haben uns hier mit ihren amerikanischen Tänzen sehr auf die Beine geholfen, so dass die Internationalität des Programms in unserem Verband eigentlich schon seit Anfang der 1950er Jahre gegeben gewesen ist und bis

heute ein integrierender Bestandteil der Arbeit in den verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften bzw. den anderen angeschlossenen Organisationen ist. Auf der anderen Seite stellen wir immer wieder fest, und das ist das, was aus unserer Sicht eigentlich zu bedenken ist: während vor 40, 50 Jahren selbstverständlich jeder noch deutsche Tänze kannte und konnte, können sie heute, wenn sie nicht gerade die „Grauköpfe“ in der Deutschen Gesellschaft für Volkstanz aufsuchen wollen, in den verschiedensten Tanzorganisationen und -gruppierungen kaum noch Leute finden, die deutsche Tänze können. Das heißt, dass unser eigenes Kulturgut heute viel zu wenig bekannt ist und auch in den Schulen viel zu wenig betrieben wird. „Deutscher Volkstanz ist doof!“, so äußern es tatsächlich die Leute. Das hängt auch zum Teil damit zusammen, dass die Musikgruppen, die die Melodien zu den Tänzen inzwischen längst überarbeitet haben und wesentlich moderner anbieten, von den deutschen Tanzbetrieben nicht angenommen werden, auch nicht von den Schulen. Wir haben verschiedene Tagungen mit dem Thema Integration durchgeführt und sind immer wieder zum gleichen Ergebnis gekommen, dass in diesem Zusammenhang die Integrationswilligkeit der Deutschen und nicht der Ausländer viel zu gering ist. Ich kann das an einem Beispiel erzählen: In Heidelberg gibt es eine Ausländerinitiative und einen Ausländerrat. Eine Griechin hat sich dort bemüht, den griechischen Tanz voran zu bringen. Sie stößt dabei auf größte Schwierigkeiten bei sämtlichen deutschen Behörden, aber auch bei den deutschen Tanzbetreibenden Gruppen in dieser Region. Wir müssen hier schauen, dass Ausländer, die Initiativen zur Integration ergreifen, ihre Kultur ungestört und authentisch pflegen können. Schließlich ist der Begriff Laienkultur angesprochen worden. Ich halte das zunächst einmal für ein Problem, das typisch für die deutsche Sprache ist. Wir haben den Begriff Kunst und wir haben den Begriff Kultur und machen daraus Gegensätze. Nicht dass das von jedem so gedacht wäre, aber die Praxis zeigt, dass es diese Gegensätze gibt. Ich könnte nur an das anknüpfen, was Herr Radermacher eben ausgeführt hat, als er von seinem Besuch in Moskau sprach. Ich könnte das gleiche für die Situation im Tanz sagen. Wenn wir mit unserem bundesweiten Wettbewerb, den wir im letzten Jahr erstmals durchführen konnten, an ein Theater gegangen wären, dann wären wir ganz bestimmt leer ausgegangen. Ich weiß, dass wir die Sprache nicht ändern können, dass wir die Gegensätze zwischen dem Begriff Kultur und dem Begriff Kunst nicht so ohne weiteres auflösen können. Die Begriffe Laie und Amateur klingen nicht gut. Ich fände es auch nicht gut, wenn wir den Brauchtumsaspekt zu sehr in den Vordergrund

schieben würden, weil der Begriff die Jugendlichen abstößt, die wir gerade anlocken wollen, wir müssen uns da was anderes überlegen. Wenn wir mit dem Begriff Tanzkultur weiter arbeiten, sind wir eigentlich sehr zufrieden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Prof. Kramer. Herr Hornung, bitte.

Dieter Hornung (BHU): Ich möchte insbesondere auf die Fragen eingehen, die Herr Zimmermann gestellt hat. Ich halte die Frage zum Gemeinnützigkeitsrecht für sehr wichtig, denn drei oder vier Presseerklärungen falsch zu schreiben, ist lange nicht so wichtig, als eine Steuererklärung falsch zu machen. Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der die Mitgliedsbeiträge anbelangt. Ich habe in den schriftlichen Ausführungen schon einiges dazu gesagt. Ich glaube, dass wir bei der Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen als Spenden ein Zwei-Klassen-System haben. Auf der einen Seite dürfen Mitgliedsbeiträge abgezogen werden, auf der anderen Seite nicht. Her bitte und appelliere ich, ein einheitliches Recht zu schaffen. Was die GEMA anbelangt, so kann ich sagen, dass die Gebühren zu hoch sind. Der nächste Punkt: Wir begrüßen sehr, dass auf Bundesebene und auch auf Orts- und Kreisebene an die Entbürokratisierung rangegangen wird. Auf Bundesebene haben wir inzwischen sogar eine Staatsministerin, die sich mit der Entbürokratisierung beschäftigt, was wir ausgesprochen begrüßen. In diesem Zusammenhang müssen wir das Förderrecht ansprechen. Die institutionelle Förderung steht grundsätzlich auf dem Prüfstand oder ist größtenteils abgeschafft, so dass wir zu Projekten übergehen müssen. Projektanträge und Verwendungsnachweise bringen eine hohe Bürokratisierung mit sich, ganz zu schweigen davon, dass viele Anträge auch ins Leere laufen und keine Bewilligung bekommen. Ein Weg zum Bürokratieabbau und zur Kostenreduzierung wäre, auf der Grundlage von Zielvereinbarungen eine zweckgebundene Förderung zu praktizieren, die eine verantwortungsbewusste Eigenbewirtschaftung ermöglicht. Das haben wir in unserem Freiburger Appell niedergelegt, den ich hiermit zu Protokoll gebe.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Hornung. Jetzt bitte Herr Goltz.

Dr. Reinhard Goltz (INS): Ich will noch einen kurzen Hinweis auf den eben angesprochenen Punkt Entbürokratisierung bzw. institutionelle Förderung geben. Ich nehme ein Beispiel eines kleinen Vereines der niederdeutschen Kulturwelt heraus.

Eine Literaturgesellschaft von rund 500 Mitgliedern bekam in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2000 eine Förderung von 4.000 Mark. Damit wurde ein Jahrbuch mitfinanziert. Diese Förderung wurde gestrichen, weil ein Jahrbuch kein Projekt darstellt, und auch, weil dieser Betrag von 4000 Mark ein Marginalbetrag wäre. Ich glaube, viele kleine Vereine sind unter eine gewisse Schwelle geraten und wurden dann einfach die Förderbeträge gestrichen. Jetzt gilt Projektförderung. Im letzten Jahr hat dieser Verein, um überhaupt an Geld zu bekommen, ein Lesezeichen produziert, dafür gab es vom Land 1000 Euro. Ich denke erstens, dass es einen großen Bedarf an Kleinbetragsförderung gibt, und zweitens, dass wir wieder zu einem Sockelbetrag kommen müssen, der auch kleinen Vereinen zukommen kann. Herr Sternberg, Sie hatten die Begriffe Laien- und Breitenkultur angesprochen. Bei den Rückmeldungen aus den Vereinen wurde Soziokultur nicht genannt. Ich bin auch sicher, dass niemand mit diesem Begriff etwas anfangen kann. Darüber könnten wir eine linguistische Debatte führen. Deutlich wurde, dass Laienkultur abgelehnt wird. Ich wiederhole noch einmal das Hauptargument: Wenn ich das Wort Laie höre, dann habe ich den Eindruck, dass das Ergebnis minderwertig wäre, und das ist fatal. Unter dieses Rubrum möchten sich die Aktiven nicht gestellt sehen. Insofern ist vielleicht Breitenkultur günstiger. Ich denke aber, den Leuten im Lande ist doch völlig egal, ob sie jetzt Breitenkultur oder Laienkultur, Bürgerkultur oder sonst wie genannt werden. Wenn sie in ihrer Art der Tätigkeiten anerkannt werden, haben sie viel mehr davon. Zum Thema Integration, Herr Waitz Da haben die Niederdeutschen natürlich ein riesiges Problem. In Norddeutschland wird oft gesagt: Euch versteht ja keiner, dann könnt ihr auch nicht an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen. Seit 1999 gilt in Deutschland der europäische Katalog der Regional- oder Minderheitensprachen. Träger von Kulturveranstaltungen werden aufgefordert, die Regional- oder Minderheitensprachen zu berücksichtigen. Dies sind bei uns das Sorbische, das Friesische, das Dänische, das Romanes und das Niederdeutsche. Wir sehen an keiner Stelle in den entsprechenden Berichten, die die Bundesregierung alle drei Jahre herausgibt, auch nur ein Hinweis darauf, dass es Kontakte, dass es eine sinnvolle Fortentwicklung einer Zusammenarbeit zwischen niederdeutschen Kulturvereinigungen und hochdeutschen Kulturträgern gibt. Da muss noch mehr Integrationsarbeit geleistet werden. Zum Punkt Integration außerdem: Ich war am Wochenende in Detmold bei einer großen Versammlung russlanddeutscher Plattdeutschsprecher. Wir haben mittlerweile eine Sprechergemeinschaft von etwa zweihunderttausend, die im Bereich Detmold und Bielefeld

ansässig geworden sind. Die sprechen Russisch, Plattdeutsch und ein bisschen Hochdeutsch. Wir sind in einem intensiven Kontakt mit diesen Leuten. Denn da dient die plattdeutsche Sprache als Integrationsinstrument, wenn wir uns mit denen in ihrer Muttersprache austauschen. Die sprechen nur leider eine Sprache, die ursprünglich aus dem Weichsel-Mündungsgebiet kommt, die also für uns schwierig ist, aber nach einer gewissen Zeit hören die sich ein, und wir hören uns auch ein. Hier gibt es also gerade in Richtung Russlanddeutsche Integrationspotenziale.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Dr. Bahr, bitte.

Dr. Petra Bahr (EKD): Als Ergänzung zu allen Vorrednern: Zum Stichwort GEMA möchte ich eine bizarre Geschichte erzählen, weil die Aufschluss über die mentale Situation gibt, in der wir uns gerade befinden. Die Kirchen haben Rahmenverträge mit der GEMA und bislang sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Nun haben wir aber zunehmend auch Kulturstiftungen, die Kirchensteuerunabhängig finanziert sind und sich gerade im Bereich der avancierten Künstler engagieren, das heißt also auch mit Gegenwartskünstlern ins Gespräch kommen wollen. Die sind in der Interpretation der GEMA von diesen Rahmenverträgen nicht mehr gedeckt und werden behandelt wie professionelle Konzertagenturen. Da besteht Handlungsbedarf, aber nicht auf der Ebene der Gesetze sondern auf der Ebene derjenigen, die zu verhandeln haben. Die Geschichte sagt etwas über die Würdigung oder Nichtwürdigung von kirchlichen Kulturstiftungen in diesem ganzen Setting. Da bin ich dann auch gleich beim Thema Gemeinnützigkeitsrecht: Uns liegt vor allem an einer Stärkung der stiftungsrechtlichen Rahmenbedingungen, zu der nicht nur über das Gemeinnützigkeitsrecht sondern auch über steuerrechtliche und andere Fragen verhandelt werden muss. Die Evangelische Kirche, und das gilt auch für die katholische Kirche, wird zunehmend mehr kulturpolitische Akzente in diesem Bereich setzen. Dafür braucht es bestimmte Rahmenbedingungen und ganz bestimmt braucht es keine Verschlechterung des Stiftungsrechts sondern eine weitere Verbesserung. Das gilt ganz besonders für ganz kleine Stiftungen, wie z.B. eine Stiftungen der Art, die sich eine kleine Dorfkirche in Mecklenburg-Vorpommern vornimmt, um diese aus Ruinen wieder in ein begehbares Stadium zu verwandeln. Es braucht z. B. eine Vereinfachung der Prüfungsbedingungen. Da plädieren wir für ein abgestuftes Prüfungsmodell je nach Größe des Vereins und der Vereinszwecke. Zum Thema Integration: Es geht ja bei

dem Thema nicht nur darum, dass Migrantinnen und Migranten an unseren Kulturvereinen teilhaben, sondern auch darum, dass wir z.B. mit Moscheen und Kultusvereinen in Sachen z.B. religiöser und kultureller Bildung kooperieren. Das passiert auf Kindertageebene, wo eine Sozialpädagogin zusammen mit den Kindern über eine lange Zeit, analog zum Kirchenjahr und zu Ritualen des Islams, sich wechselseitig bei den religiösen Feierlichkeiten und bei den Festen besuchen. Kooperationen von zwei Kultusvereinen oder Kulturvereinen ist eine weitere Form von gelingender und ausbaufähiger Integrationspolitik im Bereich der Kultur. Im Moment passiert es vor allem im Jugend- und Kinderbereich. Es gibt erste Projekte, die das auch im Bereich konfessioneller Altersheime versuchen, um den älteren Menschen mit Migrationshintergrund einen ganz eigenen kulturell geprägten Ort zu geben. Der letzte Punkt, der wichtig ist: Herr Keskin hatte die mögliche Konkurrenz zwischen Professionellen und den sog. Ehrenamtlichen angesprochen und auf die möglichen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen. In unseren Vereinen finden sehr gut qualifizierte Frührentner einen Ort, um sich kulturell zu engagieren, und um wenigstens da Möglichkeiten zur Teilhabe zu haben. Wenn sie sich schon den teuren Opernbesuch nicht leisten können, können sie aber immerhin selber Musik machen. Das ist meines Erachtens eine ausgezeichnete Aufgabe von kirchlichen Kulturvereinen in dem Bereich, wo der klassische Arbeitsmarkt offensichtlich nicht mehr greift.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Dr. Bahr. Herr Dr. Zehetmair, bitte.

Dr. Johann B. Zehetmair (SV): Die Ganztagschule ist ein Faktum, das wir weiter ausbauen müssen. Wir müssen aber die Ganztagschulen und Schule neu denken. Es geht nicht darum, wie man die jungen Leute entweder bewacht, also sozial betreut, oder ihnen Kognitives „hineinstopft“ noch und noch. Da sind Grenzen bereits erreicht. Es geht darum, dass man die große Chance sieht, gerade nachmittags die kreative Schule auszubauen. In der kreativen Schule ist Tanz, Musik und Theater vertreten, da sind unsere Chöre vertreten, da ist die Kirche vertreten, auch Literatur und Sprache. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir da nicht weiter kommen, wenn wir nur immer auf die Papiere der Kultusministerien warten. Wir müssen die Schulen einfach stärker für Projektarbeit durch kompetente Leuten von draußen öffnen, die man vor Ort kennt, seien sie Profis oder Ehrenamtliche, seien sie noch jung oder seien sie auch schon im agilen Pensionsalter. Da liegen Chancen brach.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Dr. Zehetmair. Herr Börnsen, bitte.

Abg. Wolfgang Börnsen (CDU/CSU): Ich habe das Glück neben Herrn Scherf sitzen zu dürfen, der eine scharfe Klinge gegen das Fernsehen geführt hat, und der darauf aufmerksam gemacht hat, dass es wichtig ist, zu eigenständiger Persönlichkeit zu erziehen, in dem man auch zur Kreativität und Phantasie erzieht. Er hat gesagt, dass das Fernsehen möglicherweise dazu beiträgt, dass man mehr konsumiert und weniger sich selbst ein Bild von der Welt macht. Deshalb meine Frage an alle: Ist das Fernsehen eigentlich ein Konkurrenzunternehmen zu dem, was sie betreiben? Zweite Frage auch an alle: Wie halten Sie es mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur? Haben Sie Erfahrung damit gemacht und wenn ja, welche?

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Börnsen. Da ich keine weiteren Fragesteller sehe, möchte ich mich gerne selbst zu Wort melden. Herr Hornung, Sie sind in Ihrer Stellungnahme auf das Thema Demografie eingegangen. Sie sehen darin Chancen, weil sich ältere Menschen in der der Breitenkultur und Brauchtumpflege sinnvoll beschäftigen können. Aber Sie brauchen, um in Ihrer Arbeit die Traditionen fortführen zu können, auch den Nachwuchs. Sehen Sie da nicht doch Probleme? Herr Goltz antwortete auf die Frage von Herrn Börnsen, er wolle nicht im Einzelnen gesetzgeberische Rahmenbedingungen ansprechen, die für den kleinen Verein vor Ort unbedingt wichtig seien, sondern es gehe um ein besseres Klima. Herr Goltz, Sie haben aber nicht ausgeführt, was Sie unter Klima verstehen. Das würde mich persönlich interessieren und zwar nicht nur fürs Niederdeutsche sondern im Ganzen für die ehrenamtliche Tätigkeit. Hat es mit Förderung und Anerkennung zu tun? Hier hat Herr Radermacher ja einen sehr interessanten Vorschlag unterbreitet, z.B. den Deutschen Theaterpreis um eine Preissparte Amateure zu erweitern. Frau Dr. Bahr, Sie beschreiben in Ihrer Stellungnahme die großen Potenziale der Bürgerkultur, wie ich sie am liebsten nenne, bei der Integration von Migranten und fordern Initiativen der Politik. Ich wäre dankbar, wenn Sie das konkretisieren könnten. Herr Prof. Kramer, Sie haben bei der Frage nach der Verringerung des Auftragsaufwandes bei geringen Fördervolumen durch die Einführung einer Bagatellgrenze geschrieben, dass sich die Frage nicht pauschal beantworten ließe, sondern differenziert werden müsse. Könnten Sie das konkretisieren?

Dr. Petra Bahr (EKD): Eines der Projekte findet auf der Schwäbischen Alb statt, wo man mit den Kirchen, kommunalen Kulturträgern und den drei kräftigsten türkischen Kultusverein einen runden Tisch eingerichtet hat, um Möglichkeiten gemeinsamer Kulturprojekte, Kulturtage und Kulturinitiativen vor allem für Kinder und Jugendliche abzusprechen. Ich vermute, den meisten von uns geht es so, dass wir gar nicht wissen, in welchen Formen die Migranten und Migrantinnen in Vereinen und Kultusinitiativen engagiert sind. Es scheint mir dringend nötig zu sein, dies auch durch die Politik zu sichten und kulturpolitisch, nicht nur religionspolitisch wie derzeit, in den Blick zu nehmen. Nach dem, was ich aus den evangelischen Kirchen kenne, teilweise auch aus der katholischen Kirche, koppelt sich die Initiative im Bereich der Integration häufig schon an Ganztagschulkonzepte und deren Projekte. Dort geht es darum, die Ankunftskultur, in der die Migranten und Migrantinnen leben, zu entschlüsseln und lesen lernen zu können. Das meint so banale Dinge wie: Wie ist eine Stadt eigentlich aufgebaut in Westeuropa? Warum ist die Kirche in der Mitte des Dorfes und was findet dort eigentlich statt? Woher kommt eigentlich dieses merkwürdige Kirchenjahr und was hat das für Konsequenzen für unseren Alltag? Mir erscheint die Ganztagschule für das Thema der Integration im kulturellen Bereich ganz besonders geeignet zu sein. Es gibt z.B., um das konkret zu machen, eine Art Schreibwerkstatt für Kinder, in der sich ein Duisburger Kultusverein, ein Literaturverein und eine evangelische Kirchengemeinde engagieren, wo man lernt, seinen Alltag in türkischer und deutscher Sprache zu erzählen, und man sich das wechselseitig übersetzt und daraus zweisprachige Bücher macht. Das sind ganz kleine aber sehr praktische Projekte, an denen auch Kinder erfahren, dass es gelingt, sich in künstlerischen und kulturellen Formen zu verständigen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Dr. Bahr, Herr Goltz, bitte.

Dr. Reinhard Goltz (INS): Herr Zehetmair, Sie sagen, dass wir nicht auf die Landesparlamente und auf die KMK warten sollten. Was das Niederdeutsche angeht, so möchte ich das eigentlich umkehren. Ich möchte die Landesparlamente deutlicher auffordern, sich einzumischen und präziser zu werden. Seit dem Jahr 1921 haben wir in den norddeutschen Ländern oder den entsprechenden Vorformen Hinweise darauf, dass man doch das Niederdeutsche in den Unterricht integrieren sollte. Nur

mit diesen Aufforderungen, mit Kann-Bestimmungen, ist bisher nichts Tragfähiges geworden. Vor zwei Jahren hat Hamburg als erstes Bundesland in seine Bildungsrichtlinien Soll-Bestimmungen aufgenommen und das ist für uns ein Vorbild. Das ist eine Maßnahme die von den anderen Ländern übernommen werden sollte. Wir haben ein anderes, sehr schönes positives Beispiel in Schleswig-Holstein, wo relativ viel Aufgeschlossenheit für das Niederdeutsche vorhanden ist, weil wir dort auch eine dänische und eine friesische Sprachgruppe haben, und in diesem Fahrwasser wird auch relativ viel für das Niederdeutsche getan. Dort wurde vor zwei Jahren zum ersten Mal und vor einigen Monaten zum zweiten Mal ein plattdeutsches Schulsiegel ausgelobt. Da konnten sich Schulen mit ihren spezifischen Aktivitäten für den Erhalt und Ausbau dieser Sprache bewerben und ihre Projekte entsprechend vorstellen. Das ist für mich ein Beispiel dafür, wie man Anerkennung erreichen kann. Auf diesem Gebiet brauchen wir, was das Niederdeutsche angeht, noch sehr viele Impulse von den Landesparlamenten. Da trägt sich die Aktivität vor Ort allein noch nicht. Das Schulsiegel ist nur ein Beispiel auf Ihre Frage, Frau Connemann.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Goltz. Herr Hornung, bitte.

Dieter Hornung (BHU): Ich darf zunächst auf die Frage von Herrn Zehetmair eingehen. Ich glaube schon, dass die Länder hier gefordert sind. Wir haben bei der Heimatpflege Nachholbedarf. Sie wissen wahrscheinlich, dass das Wort Heimatkunde im Grunde genommen in der Schule verschwunden ist.

Einwurf **Dr. Johann B. Zehetmair** (SV): Bei uns nicht. Ich hatte auch nie gesagt, dass sich die Parlamente nicht einmischen sollen, sondern Sie sollen sich nicht auf die Kultusbehörden verlassen.

Dieter Hornung (BHU): Ich darf auf die Fragen von Herrn Börnsen eingehen. Ich würde schon sagen, dass das Fernsehen eine Konkurrenz zu unserer Tätigkeit ist. Vorm Fernseher zu sitzen und einer gemeinnützigen Tätigkeit im Dorfverein nachzugehen, schließt sich im Grunde genommen aus. Zum freiwilligen sozialen Jahr Kultur haben wir weniger Erfahrungen. Ich greife aber die Anregung gerne auf, hier verstärkt initiativ zu werden. Zu den Zielvereinbarungen, nach denen Sie gefragt haben: Das kann ich im Grunde nur begrüßen. Ich darf noch einmal hier an den Freiburger

Appell, den wir auf der Verbandstagung am 13. Mai in Freiburg verabschiedet haben, zurückkommen. Eine zweckgebundene Förderung, die durch Zielvereinbarungen entsprechend ausgefüllt ist, ist ein Vorteil für alle, sowohl auf der Seite des Bewilligungsempfängers als auch auf der Seite des Gebers. Das trägt natürlich wesentlich dazu bei, dass hier eine entsprechende Entbürokratisierung stattfindet. Frau Conne-mann, Sie haben nach Nachwuchsschwierigkeiten durch die demografische Entwicklung gefragt. Im Bereich der Heimatpflege sehe ich das nicht so. Im Dorf gibt es doch immer wieder kräftig Nachwuchs. Leute, die von der Stadt aufs Dorf ziehen, sehen, dass man im Dorf etwas bewegen kann und werden deshalb aktiv.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Hornung. Herr Professor Kramer, bitte.

Prof. Dr. Klaus Kramer (DBT): Ich möchte zunächst zum Fernsehen als Konkurrenz ein paar Takte beitragen. Tanzen ist eine Kunst, die vor allen Dingen über das Auge genossen wird, und dann in zweiter Linie auch noch über das Ohr. Dass das Fernsehen diese Möglichkeiten nutzt, um vor allen Dingen Reklame in Videoclips der Musiksendungen auf MTV beispielsweise unterzubringen, das weiß jeder. Es ist ganz verständlich, dass die Kinder und Jugendlichen, die davor hängen, das dann fast begierig aufnehmen. Unsere Mitglieder haben inzwischen darauf reagiert, in dem sie das als Kursinhalt anbieten. Sie ärgern sich aber auch unglaublich darüber, dass Kinder denken, um das zu können, müsse man eigentlich nur bei sich selbst auf den Knopf drücken. Das Fernsehen ist natürlich auch Bewusstseinsbildung im Hinblick auf das, was der Tanz eigentlich ist, und was Tanz ausdrücken soll und bedeutet. Mit dieser Macht des Fernsehens gleichzuziehen oder ihr gegenzuhalten, fällt zu nehmend schwerer. Was Sie, Herr Zehetmair, zu Ganztagschulen gesagt haben, war Wasser auf die Mühlen unseres Verbandes. Wir sind seit vielen Jahren im Gespräch mit dem Berufsverband für Tanzpädagogen und haben mit durchaus akzeptablem Erfolg versucht, ein Gesamtprojekt Tanzpädagogik auf die Beine zu stellen. Es ging uns dabei darum, von dem Brauch wegzukommen, dass praktisch jeder, der drei Tänzchen welcher Art auch immer gelernt hat, gleich Tanzpädagoge bei sich auf den Mülleimer schreiben darf. Der Begriff Tanzpädagoge ist ja in keiner Weise geschützt. Wir versuchen mit diesem Gesamtkonzept Tanzpädagogik jetzt, die Qualität des Tanzunterrichtes auf ein akzeptables Niveau zu heben, und haben uns dabei einige Partner gesucht. In diesem Zusammenhang spielt natürlich die Überlegung eine gro-

ße Rolle, in wie weit wir in die Schule hinein können, in der der Tanz ja bekanntlich zunächst einmal nur im Fach Sport angesiedelt ist. In Deutschland ist es so, dass Jungen nach den Richtlinien weitgehend ab dem 7. Schuljahr nicht mehr tanzen dürfen, zumindest nicht mehr tanzen brauchen. Umgekehrt brauchen die Mädchen ab dem 7. Schuljahr nicht mehr Fußball zu spielen. Im Moment laufen eine ganze Reihe von Überlegungen in den verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften und auch konkrete Projekte für eine Integration von Tanz in das, was dann in Ganztagschulen auf uns zukommt. Ob das dann kreativ sein wird, muss sich zeigen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Radermacher, bitte.

Norbert Radermacher (BdAT): Zur Frage von Herrn Zehetmair: Ich finde, dass die verstärkte Eigenverantwortung der Schulen sehr positive Ergebnisse zeigt. Wir kennen ja alle das Beispiel, wonach ein Gymnasium, das Theater, Kunst und Kultur ins Zentrum stellte, in der ersten Pisa-Studie die bundesweit besten Ergebnisse vorweisen konnte. Ich habe ein weiteres Beispiel einer Schule in Bersenbrück im Landkreis Osnabrück, wo der Schulleiter einer Berufsbildenden Schule das Thema Theater ins Zentrum seiner Bemühungen stellt. Die Schule ist begeistert von den Ergebnissen, die das Theater dort schafft. Das hat damit zu tun, dass der Schulleiter für sich persönlich das Thema zur Profilbildung mit in seinen Arbeitsbereich genommen hat. Damit will ich nicht sagen, dass hier die Kultusministerien aus der Verantwortung gelassen werden dürfen – und die KMK erst recht nicht –, das muss zweigleisig laufen. Was das Fernsehen angeht, und das ist natürlich eine ganz spannende Frage, würde ich es nicht als Konkurrenz bezeichnen. Das Fernsehen ist mittlerweile Stoff in unserer Arbeit. Wir versuchen, diese vielen schrecklichen Bilder, die Kinder und Jugendliche in ihren Köpfen haben, mit den Medien Theater, Musik und Kunst wieder zu beseitigen, um neue, eigene Bilder zu schaffen, die näher an ihrer eigenen Identität sind, eigene Welten, die sie befähigen, zukunftsorientiert zu leben. Da haben wir eine wichtige Aufgabe: alternativ zum Fernsehen zu wirken. Die Kinder nehmen diese Chance auch wahr und entdecken in der Kunst und Kultur, hier insbesondere am Theater, ihre Chance. Beim sozialen Jahr im kulturellen Bereich mache ich derzeit in meiner Institution so wunderbare Erfahrungen mit drei Jugendlichen, dass ich hier nur sagen kann: 400 Freiwillige im kulturellen Bereich bei 40.000 insgesamt, diese Zahl ist viel zu gering. Da muss man auch von Seiten der Bundesregierung einiges

machen, hier ist ein ganz konkretes Arbeitsfeld. Da kommen junge Menschen mit ganz neuen kreativen Ideen in gestandene Kultureinrichtungen, deren Mitarbeiter ja zum Teil auch schon die Altersgrenze 50 erreicht haben. Ich glaube, dass das für die Kultureinrichtung und für die jungen Menschen ebenso wichtig ist. Ich darf in diesem Zusammenhang auf ein Projekt hinweisen, das von der Bundesvereinigung kultureller Jugendbildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesfamilienministerium entwickelt worden ist: der Kompetenznachweis Kultur. Wir vergeben diesen Kompetenznachweis Kultur als Leistungsnachweis für junge Menschen, die über lange Jahre im Kulturbereich gearbeitet haben. Wir machen die Erfahrung, dass sich potentielle Arbeitgeber neben dem Schulzeugnis mittlerweile auch diese Zeugnisse zeigen lassen, weil sich dort nicht nur die Frage beantworten lässt, wie gut jemand in Mathematik ist, sondern auch, wie teamfähig, wie kreativ bin ich. Die Projektförderung war angesprochen worden. Der Bund deutscher Amateurtheater wurde im vergangenen Jahr von der institutionellen Förderung in die Projektförderung zurückversetzt. Was das für einen Bundesverband bedeutet, der kontinuierlich arbeitet und eine flächendeckende, bundesweite Aufgabe übernimmt, brauche ich an dieser Stelle nicht zu erläutern. Was für alle Projekte notwendig wäre, ist der Wechsel von der Fehlbedarfsfinanzierung, die große Probleme bringt, hin zur Festbetragsfinanzierung. Frau Conemann, beim Thema gesellschaftliches Klima, so glaube ich, sind natürlich die Verbände selbst erst einmal gefordert, Generationenverträge zu entwickeln. Ich glaube, da müssten wir als Verbände Modelle entwickeln. Wenn das Thema Generationenhaus vom Bundesfamilienministerium aufgetan wird, dann sollte das auch ein Thema für uns sein. Im Bund deutscher Amateurtheater, der in seinen Freilichtbühnen immer Achtjährige und Achtzigjährige in der Gruppe vereint, ist sozusagen schon ein Generationenhaus gegeben, ein Generationsmodell, das weiterentwickelt werden muss.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Radermacher. Herr Dr. Scherf, bitte.

Dr. Henning Scherf (DCV): Ich glaube, das Fernsehen ist die große kulturelle Verwilderung unserer Zeit, mit dem wir ganze Teile der Bevölkerung aus dem selbstverantwortlichen kommunikativen Leben ausgrenzen und sie einfach zu dämlichen und verrotteten Konsumenten machen. Wer sich fünf, sechs Stunden am Tag diese Konserven anguckt, die mit Gewaltexzessen unterfüttert sind, der muss in seinem Kopf kaputt gehen. Wo soll sich der eigentlich seine Bilder herholen? Woran soll der sich

eigentlich orientieren? Wenn man sich Kinder vorstellt, deren Eltern entweder berufstätig sind oder sich nicht kümmern, und die als einzige Alternative das Fernsehen haben und da wirklich Stunden um Stunden sitzen, dann ist das eine bedrohliche, gespenstische Sache. Ein wachsender Teil unserer Bevölkerung wird richtig zynisch ausgegrenzt und systematisch in ein fantasieloses, zielloses, perspektivloses Ghetto hineingezogen, in dem sie entweder nur Alkoholiker, psychisch krank oder übergewichtig werden können. Es ist entsetzlich. Dagegen anzutreten, darf man nicht nur den Mediziner überlassen, sondern das muss man zu einer riesigen Herausforderung von Breitenkultur machen. Auf dem Lande, da hat Herr Radermacher Recht, ist der ehrenamtlich betriebene Gesangsverein das einzige Alternativangebot. Ich bin längst dazu übergegangen, ganz grob zu werden, wenn ich von der Verrohung durch das Fernsehen rede. Ich finde, wir dürfen da nicht nur taktisch reden, wir müssen Klartext reden und überall, wo wir den Mund aufmachen können, müssen wir sagen: Das ist eine dramatische Bedrohung unserer Gesellschaft. Beim freiwilligen sozialen Jahr Kultur habe ich ähnlich positive Erfahrungen gemacht wie Herr Radermacher. Ich würde aber gerne etwas zur Demografie sagen. Ich glaube, das ist ein riesiges Problem. Wenn unsere Chöre das ignorieren, gibt es sie irgendwann nicht mehr. Man muss das positiv, nicht negativ annehmen. Die demografische Veränderung verlangt von uns eine Veränderung des Blickwinkels. Statt die Überalterung von Chören negativ zu beklagen, benötigen wir eine positive altersgemäße Angebotsstruktur des gemeinschaftlichen Singens. Gezielte Angebote für mittlere und höhere Altersgruppen mit einem entsprechenden differenzierten Leistungsanforderungsangebot gewinnen zunehmend an Bedeutung. Ich bin ja immer Landespolitiker gewesen und habe mich immer geärgert, wenn die Bundespolitiker sich in Kultur reinhängen, ohne etwas anschließend dafür zu leisten. Wenn bundespolitisch die kulturpolitische Fahne gehisst wird, dann muss dabei auch etwas rüber kommen, dann darf das nicht nur ein Schulterklopfen und nicht nur ein intellektuelles Verständigen sein, sondern dann müssen wir auch unsern Leuten vor Ort sagen können: Da gibt es eine weitere Ebene, auf die ihr rechnen könnt, die euch schätzt, die auch Mittel und Wege weiß, um eure Arbeit zu unterstützen.

Die **Vorsitzende**: Ich darf Ihnen allen versichern, dass die Arbeit im Bereich der Laienkultur und Brauchtumpflege von uns nicht nur geschätzt, sondern überaus ernst genommen wird. Das zeigt auch diese Anhörung. Wir werden unser Wort auch auf

Bundesebene für eine Änderung des gesetzgeberischen Rahmens erheben. Sie haben vielleicht von der Forderung nach einem Staatsziel Kultur im Grundgesetz gehört, die von dieser Enquete-Kommission ausgeht. Wir sind also bereits in diese Richtung tätig geworden. Inwiefern diese Bemühungen in gesetzgeberisches Handeln einmünden, ist eine Frage des politischen Willens des Gesetzgebers. Wir wissen, dass dem Ehrenamt nicht mit politischen Sonntagsreden geholfen ist, sondern mit tatsächlichem Montagshandeln. Deswegen tagen wir auch montags und werden versuchen, entsprechend viel umzusetzen. Wir sind Ihnen außerordentlich dankbar für die Zeit, die Sie uns im Vorfeld dieser Anhörung bei der Erarbeitung der außerordentlich dezidierten und konkreten Stellungnahmen gewährt haben, aber auch für Ihre Zeit heute. Vielen Dank an Frau Dr. Bahr, Herrn Goltz, Herrn Hornung, an Herrn Prof. Kramer, an Herrn Radermacher und an Herrn Dr. Scherf. Wir werden uns redlich bemühen. Ich schliesse damit diese Anhörung.

Ende: 17:15 Uhr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gitta Connemann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Gitta Connemann MdB